

Pressemappe



Lesbisches Aktionszentrum (LAZ) reloaded^{XX} e.V.
Der Verein für lesbische Sichtbarkeit.

**Angriffe auf rechtsstaatliche Grundsätze im Namen
der Selbstbestimmung:
Begünstigung der Kriminalität durch
Identitätswechsel
Ein staatlich gefördertes Denunziationsregister**

Berlin, den 16.08.2023



Verteilt an Printmedien und ausgewählte AutorInnen im deutschsprachigen Raum

*darf gern zum Zitieren und Veröffentlichen unter Nennung der Urheberinnen verwendet werden

Inhaltsverzeichnis	Seite
Selbstverständnis und Positionierung	3
1 Begünstigung der Kriminalität durch voraussetzungslosen Geschlechts- und Vornamenswechsel Das Innenministerium macht seinen Job. Werden ihm die Ministerien der europäischen Nachbarstaaten folgen?	4
2 „Berliner Register“ als staatlich gefördertes „Denunziationsprojekt“ a) Hintergründe zum „Berliner Register“ b) „Auswertung“ des „The Real Dyke March“ durch das „Denunziationsregister“ c) Auszüge aus dem Schriftwechsel mit der Berliner Senatsverwaltung	5
3 Links zu weiteren genderkritischen Initiativen / Impressum	8

Selbstverständnis und Positionierung

LAZ reloaded^{xx} e.V. ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein, der sich im Zuge der Ausstellung: „**Radikal-Lesbisch-Feministisch** - zur Geschichte des lesbischen Aktionszentrums LAZ und der HAW-Frauengruppe 1972-1982“ (Schwules Museum Berlin 2018) - neu gegründet hat.

Sowohl ideell als auch personell stehen wir in der Tradition dieser ersten autonomen Lesbenbewegung, deren Aktionen und Forderungen gegen Geschlechterrollenstereotype und patriarchale Strukturen bahnbrechend und Anschub dafür waren, dass in der Folgezeit weite Teile der Gesellschaft eine aufgeschlossenerere Haltung gegenüber Lesben und der Frauenbewegung allgemein entwickelten.

Schwerpunkte der Vereinsarbeit bestehen zum einen - als unser Beitrag zur weiblichen Geschichtsschreibung/Herstory - in der Schaffung und Erhaltung einer Erinnerungskultur, und zum anderen in der Förderung und Stärkung des lesbischen Selbstverständnisses und lesbischer Lebensmöglichkeiten.¹

Feministinnen weltweit sehen sich heute im Zangengriff: Während eine erstarkende Rechte das rückständige Frauenbild konserviert, ist die entfesselte linksgrüne Wokeness im Begriff, Frauen zugunsten von Minderheiten in ihrem Selbstverständnis und ihrer Körperlichkeit mit genau derselben patriarchalen Selbstverständlichkeit zu marginalisieren.

Als feministische Lesben wehren wir uns entschieden gegen eine Vereinnahmung des Begriffs Lesbe auf einer von der Genderideologie propagierten LGBTIQA*...xyz Palette, auf der zum Teil widersprüchliche Interessen zwangsvermischt werden. Stimmen genderkritischer Positionen finden dabei keinerlei Berücksichtigung.

Auch die Inhalte des vorliegenden Referentenentwurfs zum sogenannten „Selbstbestimmungsgesetz“, dass das jetzige Transsexuellen-Gesetz ersetzen soll, sind Ausfluss der Genderideologie: Ein voraussetzungloser, jährlich möglicher „Wechsel des Geschlechts“ und des Vornamens verurteilt nicht nur den Begriff „Frau“ zur Bedeutungslosigkeit; darüber hinaus weicht voraussetzungloser Geschlechts- und Vornamenswechsel die Beweisfunktion des Personenstandsregisters auf. **Es geht uns alle an, wenn unsere Identitätsausweise ihre Beweiskraft verlieren, wie der erste Schwerpunkt dieser Pressemappe zeigen wird.**

Doch nicht nur das: Auch auf Landesebene wird Gesellschaft und Verwaltung unter Außerachtlassung rechtsstaatlicher Grundsätze darauf vorbereitet, die Welt durch die „Transbrille“ zu sehen. Wie das geht? Durch Schaffung eines „Denunziationsregisters“. Unten dazu mehr im zweiten Schwerpunkt dieser Pressemappe, Stichwort ‚Berliner Register‘.

¹ Weitere Infos siehe Webseite ‚über uns‘ <https://www.laz-reloaded.de/>

1. Begünstigung der Kriminalität durch voraussetzungslosen Geschlechts- und Vornamenswechsel

Der voraussetzungslose, d.h. staatlich nicht kontrollierte Geschlechts- und Vornamenswechsel **begünstigt Kriminalität**. Hintergrund sind die durch das Bundesinnenministerium geäußerten nachhaltigen Bedenken gegen den o.g. Referentenentwurf zum sog. „Selbstbestimmungsgesetz“: Der wegen des Offenbarungsverbots nicht rückverfolgbare Identitätswechsel ermöglicht es Kriminellen, sich dem staatlichen Zugriff zu entziehen.

Auch **die Abschiebung ausreisepflichtiger AsylbewerberInnen** (z.B. wegen Vorstrafen) kann dadurch erschwert werden.

Die Aufweichung der Beweisfunktion unseres Personenstandsregisters, ja unserer gesamten Identitätsdokumente, stellt damit einen empfindlichen Angriff auf unser rechtsstaatlich verfasstes Gesellschaftssystem dar.

Die **Völkerrechtlerin L Beatrice, Vorsitzende des Committee on Laws and Legislation von Womens Declaration International ([WDI](#))**, hat die umstrittene Implementierung von Self-ID-Gesetzen in europäischen Nachbarstaaten beschrieben, den voraussetzungslosen Identitätswechsel für die an rechtsstaatliche Grundsätze gebundene Verwaltung analysiert, ihre europarechtlichen Auswirkungen betrachtet und sich insbesondere mit möglichen Gegenargumenten der BefürworterInnen des Referentenentwurfs auseinandergesetzt. **Ihr Fazit:** Das deutsche Innenministerium macht seinen Job. Werden die Innenministerien der europäischen Nachbarstaaten folgen?

Zum Beitrag L Beatrice: „*Macht das deutsche Innenministerium in Bezug auf Self ID seinen Job? Werden die Innenministerien der europäischen Nachbarstaaten folgen?*“:

[Englische Originalfassung](#)

[Deutsche Übersetzung](#)

2. „Berliner Register“ als staatlich gefördertes „Denunziationsregister“

a) Hintergründe des sog. „Berliner Registers“

Das sog. „Berliner Register“², besser: „Denunziationsregister“, mit über 100 Anlaufstellen in der ganzen Stadt, ist ein Zusammenschluss mehrerer privater Organisationen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, u.a. über „transfeindliche“ Vorkommnisse in der Stadt zu informieren und nicht zuletzt den Berliner Polizeibehörden und auch der Presse regelmäßig zur Kenntnis zu geben. Sie erhalten für ihre „Arbeit“ finanzielle Zuschüsse von der LADS bei der Berliner Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.

Unter „Das Projekt“ wird beispielsweise auf der Website ausgeführt: „In die Dokumentation der Berliner Register fließen Vorfälle ein, die Bürger*innen im Alltag beobachten oder selbst erleben. Bei den Vorfällen handelt es sich um Aktivitäten der extremen Rechten, um rassistische Vorfälle im Alltag und Diskriminierung an verschiedenen Orten. Im Gegensatz zur Kriminalitätsstatistik der Polizei beziehen die Register auch Vorfälle in die Dokumentation ein, die keine Straftaten sind oder die nicht angezeigt wurden. Dazu gehören Gewalttaten, Beleidigungen und Bedrohungen, Brandstiftungen, Sachbeschädigungen, Veranstaltungen, Aufkleber, Sprühereien oder diskriminierende Sprüche.“

Warum rechtspopulistische und extrem rechte, aber keine linkspopulistischen und extrem linke Vorfälle dokumentiert werden, erfahren wir nicht.

b) „Auswertung“ des „The Real Dyke March“ durch das „Berliner Register“

Was das konkret heißt, hat LAZ reloaded kürzlich miterleben müssen, als der erste „The Real Dyke March“ (TRDM), welcher am 23.06.2023 in Berlin stattfand, durch das „Register Charlottenburg-Wilmersdorf“ am 14.07.2023 eine ‚Auswertung‘ erfuhr: Die Teilnehmerinnen der Demonstration, überwiegend lesbische Frauen, welche sich für ihre Sichtbarkeit und für den Erhalt eigener Räume einsetzen, wurden als „konservativ-feministische Gruppierungen“ bezeichnet, deren Schilder „transfeindlich“ seien („Lesbe=erwachsene homosexuelle Frau“) und von „verschwörungsideoologischen Vorstellungen“ („Tran\$“) zeugten. Dabei hat die Befragung einer politischen Agenda nach ihren Geldgebern und den entsprechenden ökonomischen Interessen mit einer Verschwörungstheorie nichts zu tun. Die in einer der Reden genannte nachweisbare Tatsache, dass sich auch pädophile Personen sog. „LSBTIQ+“- oder CSD-Demonstrationen anschließen, wurde als „tradiertes schwulenfeindliches Scheinargument“ verunglimpft. Auf die Spitze trieben es die DenunziantInnen mit der Behauptung, die Organisatorinnen hätten im Vorfeld ein „Bedrohungsszenario aufgebaut, dass Gegendemonstrant*innen von vornherein als gewaltbereit darstellte.“ Tatsache ist, dass der ‚TRDM‘ von der Polizei vor aggressiven TransaktivistInnen der Gegendemonstration geschützt werden musste, was unschwer den Polizeiprotokollen zu entnehmen sein dürfte.

Diese Vorkommnisse sind deshalb alarmierend, weil mit staatlichen Mitteln friedliche Demonstrantinnen, die für ihre Rechte demonstrieren und damit ihre Meinungs- und Versammlungsfreiheit ausüben, diskreditiert und in die rechte Ecke gestellt werden. Dabei stehen lesbische genderkritische Frauen im Fokus, weil sie den Versuch der einflussreichen Translobby³ ablehnen, die rechtliche Kategorie ‚Geschlecht‘ – welche auch dem Schutz von Frauen-/Lesben- und Kinderrechten dient - durch den - wissenschaftlich nicht belegbaren - Begriff der „Geschlechtsidentität“ zu ersetzen. Außerdem halten sie an ihrer sexuellen Orientierung, welche sich auf das weibliche Geschlecht, nicht die ‚Geschlechtsidentität‘, bezieht, fest.

Mit dem Begriff „Berliner Register“ geben sich die Verantwortlichen darüber hinaus einen offiziellen Anstrich. Dessen „Auswertungen“, bar jeder Rechtsgrundlage (eine Behörde würde diese brauchen), kommen längst überwunden geglaubten StaSi-Überwachungsmethoden sehr nahe.

c) **Schriftwechsel einer Mitfrau mit der Berliner Senatsverwaltung**

Die angeschriebene Projektleiterin des Berliner Registers, Frau Becker, zog es vor, eine Anfrage zur „Auswertung“ des ‚Berliner Registers‘ nicht zu beantworten. Aufschlussreich ist aber der Schriftwechsel mit der Berliner Senatsverwaltung, aus dem sich ergibt, dass die Auflistung angeblicher „transfeindlicher Angriffe“ einer Überprüfung nicht standhält und sachlich unrichtig ist. Hier einige Auszüge (bei Interesse stellen wir Ihnen den gesamten Schriftwechsel zur Verfügung):

„Sehr geehrte Frau Justizsenatorin Badenberg,
ich schreibe Sie an als Geldgeberin des Berliner Registers. Vor einem Monat war ich auf dieses Portal aufmerksam geworden, nachdem Presseberichte mit der Statistik des Berliner Registers erschienen, in denen der hohe Anstieg der Transfeindlichkeit erwähnt wurde. Aus Interesse schaute ich mir die Vorfalls-Chronik auf deren Website an: <https://www.berliner-register.de/vorfalls-chronik/> Ich wurde stutzig, als ich ein paar „transfeindliche“ Vorfälle in der Chronik fand, bei denen ich Augenzeugin war und die mitnichten transfeindlich waren. So entschloss ich mich, beiliegende E-Mail an die Projektleiterin des Berliner Registers mit Bitte um Stellungnahme zu schreiben.“

„...transfeindlich“ wird für jede kritische Äußerung verwendet:

- Patient beschwert sich über transfeindliche Psychotherapeutin
- WG-Bewohner beschwert sich über transfeindliche Mitbewohnerin mit Kind
- mehrere Meldungen über eine Reinickendorfer Schule... dass eine erwachsene Schulkraft den transfeindlichen Schulleiter aus einem vertraulichen (!) Gespräch über einen Schüler meldete.
- In Karlshorst ist ein fleißiger Melder unterwegs, der an 3 verschiedenen Tagen in verschiedenen Straßen den wahrscheinlich immer gleichen frauenbezogenen Aufkleber als transfeindlich meldet....
- Der Biologie-Vortrag von Marie Vollbrecht an der HU 2022 wird als transfeindlich und extrem rechts gemeldet.“

„....Bei diesem Meldeformular gibt es keine Möglichkeit, eine Überschrift einzutragen, d.h. die Projektleiterin entscheidet selbstständig, auch einen lesbophoben Angriff unter ‚transfeindlich‘ einzusortieren...“

„....Diese Statistik des Berliner Registers beeinflusst z.B. Entscheidungen von Politikern und öffentlichen Stellen bezüglich Geld und Unterstützung für Trans und Nicht-Geld und Nicht-Unterstützung für Frauen und Lesben...“.

³ Vgl. unsere Beiträge über V. Madrigal-Borloz und die UN-ICJ unter ‚Aktuelles‘ <https://www.laz-reloaded.de/aktuelles/>



Zitate aus dem **Antwortschreiben** eines Mitarbeiters der [LADS](#), jetzt beim Arbeitssenat:

„...dass es u.a. zur Aufgabe der Berliner Register gehört, das Auftauchen von Äußerungen, Aufklebern, Sprühereien etc., die sich unterhalb der Strafbarkeitsgrenze bewegen, zu dokumentieren und damit sichtbar zu machen. So helfen die Berliner Register, auch auf kleinteilige Sozialräume bezogen, schon frühzeitig die Verbreitung von abwertenden und diskriminierenden Stimmungen und Handlungen zu erkennen, bzw. deren Verbreitung darzustellen. In diesem Kontext kann es auch gerechtfertigt sein, das Auftauchen derselben Parole, desselben Aufklebers etc. an verschiedenen Orten als jeweils einen Vorfall darzustellen...

...Die Kategorien ... orientieren sich dabei an den Abwertungsdimensionen der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)“...

...halte ich die Aufnahme in die entsprechende Kategorie für angemessen und gerechtfertigt...“



3. Links zu weiteren genderkritischen Initiativen und Blogs

<https://lasst-frauen-sprechen.de/>

<https://geschlecht-zaeht.de/>

<https://www.evaengelken.de/>

<https://www.kiezrunners.com/Just-Gay/Just-Gay/>

<https://ronaduwe.substack.com/>

<https://www.savetdf.info/>

<https://lgballiance.de/>

<https://www.womensdeclaration.com/de/country-info-de/germany-de/>

<https://transteens-sorge-berechtigt.net/>

<https://www.feministischepartei.de/>

<https://www.safia-ev.de/>

<https://www.gettheloutuk.com/>

<https://blogs.feministwiki.org/feuerstein/>

Kontakt

info@laz-reloaded.de

laz.reloaded@gmx.com

Webseite

<https://www.laz-reloaded.de/>

Impressum

<https://www.laz-reloaded.de/impressum/>